

An den  
Österreichischen Gemeindebund  
Löwelstraße 6  
1010 Wien

Graz, am 2. September 2019

**Stellungnahme – Entwurf einer Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Soziales,  
Gesundheit und Konsumentenschutz über die Übernahme von Aufgaben der  
Gesundheitsvorsorge für die schulbesuchende Jugend durch Schulärztinnen und  
Schulärzte (SchulÄ VO 2019); ZI: B,K-520-1/140819/HA,GA**

*Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Generalsekretär!*

Der Gemeindebund Steiermark gibt zu obigem Verordnungsentwurf folgende Stellungnahme ab:

Der Gemeindebund Steiermark unterstützt vollinhaltlich die Position des Österreichischen Gemeindebundes auch soweit, dass er die Abschaffung der Schulärztinnen und Schulärzte in der derzeitigen Form mitträgt. Keinesfalls dürfen die Gemeinden mit weiteren Kosten aus der geplanten Verordnung belastet werden. Insgesamt würde es aus unserer Sicht auch sinnvoll erscheinen, wenn eine bundeseinheitliche Lösung für den gesamten Gemeindesanitätsdienst gefunden werden könnte, bei dem die Gemeinden von ihrer schwierigen Verantwortung und der Abhängigkeit von der Ärzteschaft befreit wären. Nur der Vollständigkeit halber dürfen wir auch darauf hinweisen, dass mit der datenschutzkonformen alleinigen Dokumentation und der Datenübermittlung im Sinne des Verordnungsentwurfes zusätzliche Kosten entstehen, die nichts mit der eigentlichen Zielrichtung der Verordnung zu tun haben und die ebenfalls nicht von den Gemeinden getragen werden können.

*Mit herzlichen Grüßen!*  
FÜR DEN  
GEMEINDEBUND STEIERMARK



LAbg. Bgm. Erwin Dirnberger  
Präsident



Mag. Dr. Martin Ozimic  
Landesgeschäftsführer